

2. Festsetzung Budget für das Rechnungsjahr 2026

Antrag des Regierungsrates vom 27. August 2025 und Antrag der Finanzkommision vom 20. November 2025

Vorlage 6043b (*Fortsetzung der Beratung*)

Leistungsgruppe 7000, Bildungsverwaltung

14a. Minderheitsantrag Alexander Jäger, Rochus Burtscher, Corinne Hoss-Blatter (i.V. von Marc Bourgeois), Tobias Infortuna, Ursula Junker und Roger Schmidinger (KBIK):

Verbesserung: Fr. 2'160'000

Stellen in der Bildungsverwaltung auf Niveau 2024 stabilisieren. Effizienzgewinne durch Digitalisierung nutzen. Stellenaufbau zwecks Einführungen nach Projektumsetzung herunterfahren. Neue Projekte mittels Verzichtsplanung kompensieren.

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), Präsidentin der Kommission für Bildung und Kultur (KBIK): Ich rede einmal zur Bildungsdirektion. Der Saldo des Budgets 2026 wächst im Vergleich zum Vorjahr um 164 Millionen Franken. Es sind zur Hauptsache drei Faktoren für diese Steigerung verantwortlich. Zum einen geht das Wachstum auf den Teuerungsausgleich, auf das Schülerwachstum sowie auf die zusätzlichen Mittel für die Rückabwicklung der Versorgertaxen zurück.

Nun zum Sparpotenzial in der Bildungsdirektion: Gemäss der Vorlage 5776 zum Postulat «Beeinflussbarkeit des Staatshaushalts» in den einzelnen Leistungsgruppen ist in der Bildungsdirektion der Aufwand bei 12 von 13 Leistungsgruppen zu 100 Prozent durch kantonale Gesetze, allenfalls auch in einer Kombination mit interkantonalen Vereinbarungen, regierungsrätlichen Erlassen oder bundesrätlichen Vorgaben vordefiniert. Also nur gerade für die Leistungsgruppe der Bildungsverwaltung wird eine freie Position von 1 Prozent ausgewiesen. Die Bildungsdirektion hat der KBIK auf Anfrage hin eine Übersicht über die Zusammensetzung der Saldi aller Leistungsgruppen und die entsprechenden Erlasse erstellt. Auch hier kann die KBIK-Mehrheit kein kurzfristig realisierbares Sparpotenzial bei der Bildungsdirektion erkennen. Und ja, die Ausgaben wachsen über die Jahre mehr, als es die Schüler- oder Studierendenzahlen nahelegen. Aber auch das lässt sich vor allem durch die von Ihnen gesprochenen Beiträge zur Finanzierung der Digitalisierungsinitiative von Universitäten und Fachhochschulen, zur Förderung der Grundkompetenzen Erwachsener oder zu den Pflegeausbildungen und zur Einführung der Sozialarbeit an den Berufs- und Mittelschulen erklären. Auch haben Sie vor genau zwei Jahren die Strategie «Digitalisierung Mittel- und Berufsfachschulen» des Regierungsrats positiv gewürdigt, inklusive der 142 neu zu schaffenden zusätzlichen Stellen. Besten Dank.

Marc Bourgeois (FDP, Zürich): Nach dieser Bankrotterklärung jeder Budgetdebatte – «Wir können gar nichts tun» – wieder zurück auf den Boden der Realität. Es ist überhaupt nicht so, dass zum Beispiel die Beiträge an die Universität einfach gesetzlich fix gebunden sind. Nun, wir haben in den Eintrittsvoten gehört, dass wir nicht wissen, wo wir sparen sollen. Sie haben recht: Bis auf punktuelle Leistungsgruppen, bei denen wir konkrete Sparanträge benennen, wollen wir gar nicht sparen. Wir wollen lediglich das Kostenwachstum bremsen, weil wir nicht ans Naturgesetz glauben, dass der Staat für dieselbe Leistung Jahr für Jahr mehr ausgeben muss. Auch in der Bildungsdirektion stellen wir keine Sparanträge. Dies als Randnotiz für den «Tages-Anzeiger», vielleicht kann er dann auch mal andere Titel setzen.

Aber wir beantragen dort – und nur dort – Budgetverbesserungen, wo die Kosten und oder das Personal stärker wachsen sollen als die auszubildenden Personen. Dabei berücksichtigen wir selbstverständlich die Teuerung plus nicht kompensierbare Einmaleffekte. Damit wollen wir das Kostenwachstum in der Bildung von, halten Sie sich fest, 4,8 Prozent auf ungefähr 4,2 Prozent reduzieren. Wir werden nachher hören, dass das bedeutet, die Bildung totzusparen. Also sparen Sie sich das Wort «Sparen» in der kommenden Debatte über die Bildungsdirektion, denn wir sparen nicht.

Bei der Bildungsverwaltung fordern wir konkret, dass die Stellen auf dem Niveau des Jahres 2024 stabilisiert werden. Wie? Erstens sollen Effizienzgewinne durch die Digitalisierung realisiert werden, die uns versprochen wurden. Zweitens: Der Stellenaufbau für die Einführung von Projekten ist nach Projektumsetzung wieder herunterzufahren, und zwar systematisch. Und drittens: Neue Projekte sollen mittels Verzichtsplanung kompensiert werden. Wir wollen keinen Wasserkopf, auch nicht in der Bildung. Besten Dank

Rochus Burtscher (SVP, Dietikon): Ich spreche nur einmal zu allen Budget-Minderheitsanträgen, und wenn das alle machen, dann sind wir in einer Stunde fertig. Alexander Jäger und Marc Bourgeois werden sie sicherlich ausführlich begründen. Wir unterstützen alle Minderheitsanträge der FDP. Besten Dank.

Carmen Marty Fässler (SP, Adliswil): Ich werde nicht nur einmal sprechen, weil ich mich selber gerne höre (*Heiterkeit*). Bei den Voten, die ich hier drinnen halten werde, handelt es sich um Argumente, und ich verweise nicht auf irgendwelche anderen Personen. Auch in diesem Jahr, nämlich während der Budgetdebatte, kann ich wieder sehr getreu aus dem Budgetentwurf der Regierung ausführen.

Zu B1 (*Wirtschaftlichkeitsindikator im KEF [Konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan]*): «Der Personalaufwand in der Bildungsverwaltung ist stabil und wird im Planjahr 2029 leicht reduziert.» Und zu L5 (*Leistungsindikator im KEF*): «Der Beschäftigungsumfang wird mit über 70 Prozent durch Stellen in der Volkschule geprägt.» Der höhere Personalbedarf wird seitens des Regierungsrats somit klar und transparent ausgewiesen.

Insbesondere den Effizienzgewinn bei neuen Digitalisierungsprojekten sehen wir noch nirgends. Alle von uns wissen doch, dass bei diesen Projekten zuerst einmal

ein gewisser Effort geleistet werden muss, damit nachher die Projekte im Rahmen einer digitalen Transformation effizienter werden können. Also hier wäre etwas Geduld verlangt. Es ist nicht verständlich, dass ein solcher Antrag gestellt wird. Bei den Veränderungen werden die Mehraufwände nämlich klar aufgelistet, beispielsweise aufgrund von Entwicklungen im Bereich der Digitalisierung oder aufgrund der Weiterverrechnung des digitalen Arbeitsplatzes sowie aufgrund der Berufsbildungsoffensive. Und nun wollen einzelne Parteien wieder sparen – ich sage extra «sparen» –, als wäre das so einfach. Wenn es nämlich einfach wäre, dann hätten die Unterstützerinnen und Unterstützer doch konkrete Massnahmen nennen können, welche fortan nicht mehr angeboten werden sollen. Aber dafür bräuchte es Mut, einen Willen und nicht einfach einen in einem Globalbudget einzusparenden Betrag. Wir sind weiterhin klar der Meinung, dass es auch in der Bildungsverwaltung eine hohe Qualität, gutes Personal mit ausreichender Ausbildung braucht. Und die neuen Projekte können nur so voller Engagement angepackt werden. Danke schön.

Nadia Koch (GLP, Rümlang): Auch ich spreche zu allen Anträgen nur einmal. Es sind nämlich alles umgewandelte 2-Prozent-Pauschalkürzungsanträge. Mal heißen sie «Stabilisierung», mal «Plafonierung», mal «Limitierung», doch am Ende bleibt es immer die gleiche Kürzungs-Giesskanne. Die Anträge teilen drei grundlegende Probleme:

Erstens, sie blenden die Realität der Bildungslandschaft aus. Der Aufwand in unseren Schulen und Hochschulen wächst nicht proportional zu den Schülerzahlen. Die Herausforderungen werden komplexer, mehr Heterogenität, mehr Integrations- und Unterstützungsarbeiten, steigende psychische Belastungen. Wer hier pauschal deckelt, hat die operative Realität nicht im Blick.

Zweitens: Pauschalkürzungen gefährden die Qualität und treffen am Ende nicht die Verwaltung, sondern die Volksschulen, die Hochschulen, die Lehrpersonen, die Gemeinden und damit die Kinder und Jugendlichen in unserem Kanton. Wenn wir die Ressourcen künstlich verknappen, entstehen Engpässe, Wartezeiten, Überlastung und Qualitätsverluste. Gerade im Sonderschulbereich oder in der Berufsbildung würden solche Deckel jene treffen, die am stärksten auf Unterstützung angewiesen sind.

Drittens: Pauschale Sparvorgaben sind keine Steuerung, sie sind Symbolpolitik. Sie erzeugen den Eindruck von Effizienz, ohne strukturelle Verbesserungen zu schaffen. Nachhaltige Effizienz entsteht durch gezielte Weiterentwicklung, nicht durch Querschnittskürzungen, die alle gleich treffen, unabhängig vom tatsächlichen Bedarf.

Darum lehnen wir diese Anträge geschlossen ab.

Livia Knüsel (Grüne, Schlieren): In der Bildungsverwaltung Stellen einzusparen, ist wohl kaum etwas, was man mit gesundem Menschenverstand befürworten kann. Ja, die Aufwendungen fallen in den Planjahren 2026 bis 2029 leicht höher aus. Dafür gibt es aber gute Gründe. Schauen wir genauer hin, so sehen wir, dass sich der Personalaufwand in Bezug auf die Anzahl Schüler und Schülerinnen und auch in Bezug auf die Studierenden mehr oder weniger stabil hält. Die Leistungen der Volksschule sind gesetzlich und vertraglich gebunden. Das Gleiche oder Ähnliches gilt bei den Mittelschulen und der Berufsbildung. Steigende Kosten sind durch die Teuerung zu verzeichnen oder die Berufsbildungsoffensive oder die Umsetzung von präventiven Massnahmen; die Aufzählung wäre zu erweitern. Sparen könnte man laut Bildungsdirektion lediglich bei Projekten, namentlich beim grössten davon, dem digitalen Wandel auf der Sekundarstufe II. Notabene wurde aber genau dieser Stellenausbau vom Kantonsrat bereits über mehrere Etappen bewilligt. Wir Grüne können nachvollziehen, dass die Aufwendungen in der Bildungsverwaltung nicht nur mit dem Wachstum der Schülerzahlen korrelieren, sondern je nach Begebenheit stufenweise ansteigen und nach einer gewissen Zeit, zum Beispiel wenn das Projekt zu Ende ist, wieder entfallen. Die Forderung vor diesem Hintergrund, die Stellen auf das Niveau 2024 zu stabilisieren, ist einfach nur skurril. Entweder müsste man gesetzliche Vorgaben antasten – und dazu dient eine Budgetdebatte nicht – oder aber man müsste bereits beschlossene Projekte rückbauen.

Wir Grüne unterstützen diesen Antrag nicht.

Kathrin Wydler (Die Mitte, Wallisellen): Ursprünglich war vorgesehen, in allen Direktionen und Leistungsgruppen pauschal 2 Prozent einzusparen. In den Kommissionen zeigte sich jedoch, dass diese Vorgabe sehr unterschiedlich interpretiert und umgesetzt wurde, was einige Direktionen klar bevorteilt und andere benachteiligt hätte. Insbesondere die Bildungsdirektion hätte es stark getroffen. Aus Gründen der Fairness hat sich Die Mitte deshalb entschieden, keine punktuellen Budgetkürzungen zu unterstützen. Stattdessen will sie über eine Steuernsenkung auf kantonaler Ebene strukturelle Sparmassnahmen erreichen. Wir werden aus den genannten Gründen auch diesen Budgetantrag nicht unterstützen.

Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon): Alle Jahre wieder kommt der Sparhammer, auch in der Bildung. Als EVP engagieren wir uns seit Jahrzehnten konsequent für die Bildung der nächsten Generation, denn sie ist die wichtigste Ressource unseres Landes. Daher wird Sparen bei der Bildung für uns alle eine teure Sache. Deshalb sagen wir Nein zum Sparhammer: 2 Millionen in der Bildungsverwaltung, 5 Millionen bei den Volksschulen, 5 Millionen bei den Mittelschulen, 2,5 Millionen bei der Berufsbildung, 3 Millionen bei der Universität, 7,2 Millionen bei den Fachhochschulen, wer bietet mehr? Wir sagen Nein zum Sparhammer, der unweigerlich zu einem Leistungsabbau führt und den Erfolg unseres guten Bildungssystems gefährdet. Wir sagen Nein zum kurzfristigen Sparerfolg auf Kosten der Bildung der nächsten Generation. Und wir sagen Ja zur unverzögerten Planung und Umsetzung der verschiedenen baulichen Investitionsprojekte von

Universität, Fachhochschulen, Mittel- und Berufsschulen. Investieren Sie in die Bildung der Zukunft und stimmen Sie bei den nächsten Anträgen mit der EVP, dann stimmen Sie richtig.

Lisa Letnansky (AL, Zürich): Auch ich spreche nur einmal zu den Budgetanträgen in der Bildungsdirektion, denn es handelt sich hier wirklich um eine dilettantische Finanzpolitik, die so viel Aufmerksamkeit gar nicht verdient. Überall ein bisschen abzwacken mit fadenscheinigen und ungenügenden Begründungen, hier ein bisschen und dort ein bisschen, und wofür? Um die eigene Klientel zu befriedigen und ein Narrativ für die Steuerfusssenkung zu haben. Die vorgeschlagenen Plafonierungen bei der Bildungsverwaltung, an Volksschulen, Mittelschulen, in der Berufsbildung, an der Uni Zürich und den Fachhochschulen klingen vielleicht erst einmal technisch, sind aber faktisch ein Leistungsabbau. Sie bedeuten: steigende Anforderungen, mehr Studierende, mehr Heterogenität, mehr Digitalisierung, aber kein zusätzliches Personal. So funktioniert Bildung nicht. Gute Schulen und Hochschulen brauchen genug Menschen, die ihre Arbeit solide machen können. Wer das Personal deckelt, deckelt Qualität und verschlechtert die Arbeitsbedingungen all jener, die unser Bildungssystem tragen. Diese Anträge folgen derselben Logik wie viele heute. Man spart auf dem Rücken der Beschäftigten, um den Steuerfuss zu senken, und das ist verantwortungslos.

Bildung ist keine Maschine, die man effizienter fahren kann, indem man einfach weniger Personal einsetzt. Darum lehnen wir diese Plafonierungen entschieden ab. Aufgaben bestimmen den Personalbedarf und nicht umgekehrt.

Florian Heer (Grüne, Winterthur): Ich möchte eine kurze Replik zum Votum von Herrn Bourgeois halten. Ich möchte ihn bitten, den Begriff des Wasserkopfes nicht mehr zu verwenden. Das Wort beschreibt abwertend ein Krankheitsbild, den Hydrocephalus. Das ist eine Schwellung der Hirnrinde, in der die Flüssigkeit nicht mehr ablaufen kann mit der Folge einer geistigen und mehrfachen Beeinträchtigung. Ich bitte ihn, diesen Begriff, diesen Ableismus nicht mehr zu verwenden für etwas, das er als schädlich oder als nicht mehr wünschenswert deklarieren möchte. Das finde ich sehr schade.

Ratspräsident Beat Habegger: Marc Bourgeois hat das Wort, und er kann sich ja gleich selber verteidigen. Sonst hätte ich eine Bemerkung dazu gemacht.

Marc Bourgeois (FDP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Ich glaube, das ist ein geläufiges Wort. Es tut mir leid, wenn ich Menschen damit verletze, aber das ist ein Wort, das wahrscheinlich sogar im Duden (*Rechtschreibwörterbuch*) steht, und ich glaube, das Vokabular im Duden darf man noch verwenden.

Ich glaube, wir reden lieber über die Sache, als irgendeine Metadiskussion zu führen. Nun, wir haben es gehört, Fazit der Voten: Wir können gar nichts machen. Lieber Beat, an dieser Stelle müssten wir eigentlich die Debatte abbrechen. Wir können ja gar nichts machen. Das ist ja lächerlich, so eine Budgetdebatte zu führen. Und die Aussage ist, dass wir gar nichts zu sagen haben, das stimmt natürlich

nicht. Was wir tun – und das Wort «Sparen» wurde leider nicht vermieden –, was wir tun, ist, die Aufwandsteigerung von 4,8 Prozent auf 4,2 Prozent zu reduzieren. Es ist immer noch eine erhebliche Aufwandsteigerung. Das kann man als dilettantisch bezeichnen, muss man aber nicht zwingend. Wie gesagt – und ich möchte das zuhanden von Nadia Koch festhalten und ich glaube, es wurde auch sonst falsch verstanden –, es gab zwei Stränge von Anträgen: den einen der SVP, das waren die 2-Prozent-Kürzungsanträge, und unserer. Das waren nie 2-Prozent-Kürzungsanträge, das waren immer Anträge, die sich an der Entwicklung, den Zahlen der Auszubildenden orientiert haben, zuzüglich Teuerung, zuzüglich allfällige, nicht kompensierbare Einmaleffekte. So sind sie zustande gekommen, und sie sind in keiner Weise pauschal und in keiner Weise dilettantisch, sondern völlig sachbezogen.

Vielleicht sollten wir auch noch die Interessenbindungen der Personen, die geredet haben, aufzeigen, weil sie es nicht getan haben. Nadia Koch: angehende Schulleiterin, Livia Knüsel: Gymnasiallehrerin, Carmen Marty Fässler: ehemalige Primarlehrerin, Hanspeter Hugentobler: ehemaliger Schulpräsident und so weiter und so fort. Sie reden für Ihre Branche, Sie verteidigen Ihre Branche und Ihre Kolleginnen und Kollegen. Und es tut mir leid, dass ich die andere Seite verteidige, die auszubildenden Personen und die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Und deshalb sind diese Anträge korrekt. Es tut mir leid, natürlich wird jeder Angestellte sich selbst und seinen Lohn verteidigen, aber korrekt und besser macht es das nicht. Besten Dank.

Nadia Koch (GLP, Rümlang) spricht zum zweiten Mal: Ich muss meine Interessenbindung richtigstellen. Ich habe zwar den CAS «Quereinstieg Schulleitung» gemacht. Ich arbeite momentan aber nicht als Schulleiterin und habe dies in naher Zukunft auch nicht vor.

Livia Knüsel (Grüne, Schlieren) spricht zum zweiten Mal: An Marc Bourgeois: Wenn man schon über mich redet, dann bitte richtig. Ich bin keine Gymnasiallehrerin. Ich bin ausgebildete Primarlehrerin, und ich bin ausserdem noch Schulpflegerin in Schlieren.

Ratspräsident Beat Habegger: Kolleginnen und Kollegen, ich finde es gut, wenn die Interessenbindungen offengelegt werden. Wenn Sie das tun wollen, würde ich Sie bitten, das zu Beginn des Votums zu tun, so wie es das Gesetz auch vorsieht.

Urs Wegmann (SVP, Neftenbach): Ich hoffe, nicht zu vergessen, eine Interessenbindung klarzustellen (*Heiterkeit*).

Jetzt habe ich mich schon ein bisschen geärgert, vor allem zuletzt beim Votum von Frau Letnansky. Den ganzen Morgen haben Sie Ihre Klientel vertreten, das ist auch okay, aber Sie werfen uns das vor. Und Herr Sahli verschluckt sich fast vor Lachen, wenn Herr Bourgeois spricht. Nein, ich finde, es braucht schon ein bisschen Ernsthaftigkeit hier drin. Es ist logisch, dass wir uns für die Interessen, für die wir gewählt wurden, einsetzen. Aber diese Schlammschlacht, dass nur Sie

die Guten und wir die Bösen sind, da müssen Sie schon auch selber schauen, wen Sie hier vertreten haben, wer zu all den Bildungsthemen, zu den Gesundheitsthemen, zur Kultur gesprochen hat. Das ist nicht verwerflich, aber einfach uns dann so schlecht hinzustellen, ist nicht richtig. Und zum wichtigen Punkt, den Herr Bourgeois ansprechen wollte: Wir sind alle nicht nur von einer Personengruppe, von einer Klientel, von einem Sumpf gewählt. Wir sind Kantonsräte, Kantonsrättinnen, und wir sollten alle Bürger vertreten. Und wenn wir darüber sprechen, Steuern zu sparen, dann geht es um das Geld, das jeder einzelne Bürger mit seiner Steuerrechnung zahlt. Also ehrlich, das sollte man schon auch einmal so sehen. Danke.

Regierungsrätin Silvia Steiner: Ich gebe den Vorrednern teilweise recht. Auch ich erlaube mir hier den Hinweis, dass ich mich vor allem bemühe, für die Auszubildenden zu sprechen, aber dies natürlich mit einem äusserst sorgsamen Umgang für die andere Interessengruppe, nämlich die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Und wir haben – ich versuche jetzt den Begriff zu umschreiben – in der Bildungsverwaltung keine Aufblähung der Führungsspitze, das haben wir nicht. Wir gehen sehr sorgsam mit den Geldern um, die wir dort ausgeben. Wenn Sie die längerfristigen Entwicklungen betrachten, dann sehen Sie auch, dass Kostensteigerungen eigentlich nur durch Ihre Wünsche, beispielsweise die Digitalisierung, DiWaSek II (*digitaler Wandel auf der Sekundarstufe II*), die Schaffung von 60'000 digitalen Arbeitsplätzen in der Sekundarstufe II, entstanden sind. Dies verursacht eben Kosten.

Ich werde nur einmal zu den Schulen sprechen: Das Budget in dieser Leistungsgruppe ist sehr tief bemessen. Der Teuerungsausgleich, es wurde schon gesagt, ist darin noch nicht enthalten, und wir mussten diesen Budgetkredit schon in der Rechnung 2024 überziehen. Die im Antrag postulierten Effizienzgewinne sind kurzfristig unrealistisch. Und eine Reduktion wäre nur möglich, indem Leistungen abgebaut werden. Das ist kurzfristig einfach nicht möglich, ausser Sie sagen uns, wo. Ausserdem drohen aufgrund des Entlastungspaketes des Bundes massive Mindereinnahmen im Bereich der Berufsbildung, darauf möchte ich Sie einfach hinweisen. Darauf haben wir auch keinen sehr grossen Einfluss. Und ich weiss, dass die Berufsbildung Ihnen allen sehr viel bedeutet. Besten Dank.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 97 : 76 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) den Minderheitsantrag 14a von Alexander Jäger abzulehnen.

KEF-Erklärung 10

Wirkungsindikator anpassen – Stärkung der öffentlichen Schule

Antrag von Carmen Marty Fässler

Der Indikator W1 Anteil Privatschüler/innen am Total der Lernenden, in %, wird gesenkt von 6,6% auf 6% ab den Planjahren P27, P28, P29.

Patricia Bernet (SP, Uster): Ich bin Primarschulpräsidentin und Stadträtin in Uster.

Die SP fordert eine Anpassung des Wirkungsindikators W1. Privatschulen sollen nur noch 6 Prozent aller Kinder aufnehmen dürfen. Aktuell sind konstant 6,6 Prozent aller Lernenden in Privatschulen. Privatschulen sind im KEF zwar abgebildet, etwa durch die Finanzierung der öffentlichen Schulen, die Aufsichtspflicht der Bildungsverwaltung und die Berücksichtigung der Gesamtschülerzahlen. Es fehlt jedoch eine Anpassung des Wirkungsindikators W1, der einerseits die Entwicklung des Anteils der Schülerinnen und Schüler an Privatschulen erfasst und andererseits nach unten steuert. Der Indikator ist wichtig, um die Entwicklung der Privatschulquote sichtbar zu machen und den Anteil Schülerinnen und Schüler an Privatschulen zu begrenzen. Wir wollen mit diesem Indikator die öffentliche Schule stärken und ein klares Signal senden, dass Privatschulen auch weiterhin nur einen kleinen Anteil an unserem guten Bildungssystem ausmachen sollen.

Die Bildungsverwaltung hat die Aufgabe, ein bedarfsgerechtes und qualitativ hochstehendes Bildungsangebot sicherzustellen. Doch ohne konkrete Zielvorgaben kann diese Aufgabe nicht wirksam überprüft und gesteuert werden. Mit dem Wirkungsindikator «Anteil Schülerinnen und Schüler an Privatschulen» können wir die Entwicklung transparent machen und die öffentlichen Schulen stärken. Als Indikator wird das Ziel von 6 Prozent klar definiert. Wir signalisieren damit den politischen Willen, die öffentliche Schule als zentralen Pfeiler der Bildung im Kanton Zürich zu fördern und Bildungsgerechtigkeit sicherzustellen. Denn nur mit einer starken öffentlichen Volksschule kann garantiert werden, dass alle Kinder und Jugendlichen, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, Zugang zu hochwertiger Bildung haben und die öffentliche Schule im Wettbewerb mit Privatschulen besteht.

Die SP fordert daher, dass im KEF 2026 der Indikator W1 nach unten angepasst wird, sodass es neu heisst: «maximal 6 Prozent Schülerinnen und Schüler an Privatschulen». Dass die Einflussmöglichkeiten ... (*Der Ratspräsident unterbricht die Votantin.*)

Ratspräsident Beat Habegger: Vielen Dank, Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist vorbei.

Patricia Bernet fährt fort: Bitte unterstützen Sie den Antrag.

Rochus Burtscher (SVP, Dietikon): Ich melde mich nur einmal zu allen KEF-Erklärungen von SP und Grünen. Zur ersten KEF-Erklärung (Nr. 10): Eltern können die Schulpflicht ihrer Schützlinge in öffentlichen wie auch privaten Schulen

erfüllen. Privatschulen haben aber andere Voraussetzungen als öffentliche Schulen, öffentliche Schulen haben eine Aufnahmepflicht.

Dann zum Indikator betreffend Vikariate (Nr. 11): Absenzgründe wie Krankheit oder Mutterschaft unterliegen naturgemäß keiner politischen Steuerung.

Bei der nächsten Erklärung, der Erfassung von Austritten an Mittelschulen (Nr. 12), bestehen klare Grenzen, denn es fehlen die Gründe, die oft nicht nachvollziehbar sind und nur Aufwand ... (*Der Ratspräsident unterbricht den Votanten.*)

Ratspräsident Beat Habegger: Geschätzter Kollege, eigentlich sollten Sie zu dieser KEF-Erklärung sprechen. Sie machen einfach so einen Rundown zu allem.

Rochus Burtscher fährt fort: Ja, dann sind wir nachher durch.

Ratspräsident Beat Habegger: Bleiben Sie innerhalb Ihrer zwei Minuten.

Rochus Burtscher fährt fort: Ja gut, ich bin in den zwei Minuten. Die Zeit (*die während des Wortwechsels vergangen ist*) musst du mir aber wieder geben.

Zur Forderung nach mehr Kapazitäten in der Erziehungs- und Familienberatung (Nr. 13): Gleichzeitig will man uns verkaufen, dass die Kosten nachhaltig gesenkt werden. Ja, das Wort «Nachhaltigkeit» ist inflationär geworden.

Beim Case-Management (Nr. 14) will man einen Ausbau: Mehrfachproblematik bei jungen Menschen. Hört auf mit eurer Gleichschaltung und der Pathologisierung, eurer zementierten Ideologie der Chancengleichheit. Sie existiert. Alle jungen Menschen sind Individuen.

Zum KEF-Indikator B1, Transparenz betreffend Verwaltungsaufwand (Nr. 15): Ihr schreit immer nach Transparenz, aber hier wollt ihr Transparenz abschaffen. Also zukünftig werden wir den Finger auf diesen wunden Punkt legen.

Und Fazit, jetzt komme ich zum Schluss: Die links-grünen KEF-Erklärungen sind nur ideologisch motiviert. Sie verschleiern strukturelle Zusammenhänge, suggerieren Steuerbarkeit und blenden finanzielle Realitäten systematisch aus.

Wir werden aus diesen Gründen alle diese linken KEF-Erklärungen ablehnen.

Ratspräsident Beat Habegger: Wenn wir gemeinsame Beratung von Anträgen beschliessen, dann können Sie natürlich zu allen diesen Anträgen gemeinsam sprechen, sonst macht das einfach nicht so viel Sinn. Also stellen Sie sich auch vor, wie das protokolliert wird. Insofern würde ich Sie bitten, auf diese Art der Debattenführung zu verzichten.

Marc Bourgeois (FDP, Zürich): Ich bin mir nicht ganz sicher, ob das hier wirklich ein Wirkungsindikator ist, denn Sie haben ja gesagt, es sollen nicht mehr als 6 Prozent der Kinder eine Privatschule besuchen. Das riecht für mich nach einem Leistungsindikator, nicht nach einem Wirkungsindikator. Inhaltlich teile ich das Ziel vollständig. Wir möchten alle keine Anglo-Amerikanisierung der Schule. Wir möchten nicht, dass die Bildung von Geld abhängig ist. Ich bin überzeugt, dass wir das alle hier drin nicht möchten. Nur sehen wir den Weg dorthin ein

bisschen unterschiedlich. Ich weiss, wovon ich rede, ich komme aus einem Schulkreis, in welchem ungefähr jedes sechste Kind eine Privatschule besucht. Und das ist nicht gut, das ist nicht gut. Es gibt aber nur ein Rezept dagegen und dieses lautet weder «Wirkungsindikator» noch «Leistungsindikator». Es lautet, dass die öffentliche Schule die beste Schule sein muss. Dazu muss sie die Bedürfnisse aller Schülerinnen und Schüler und aller Eltern ernst nehmen und die Schule nicht mit ideologischen Forderungen überfrachten, so wie das heute mehr und mehr passiert. Dann erreichen wir gemeinsam dieses Ziel, das wir teilen. Besten Dank.

Nadia Koch (GLP, Rümlang): Der Kanton kann den Anteil der Privatschülerinnen und Privatschüler nicht direkt steuern. Die Eltern entscheiden frei, ob sie die Schulpflicht an einer öffentlichen Schule, an einer privaten, bewilligten Schule oder im Privatunterricht erfüllen wollen. Diese Entscheidungsfreiheit ist gesetzlich verankert. Eine Senkung des vorgeschlagenen Indikators um 0,6 Prozent wäre deshalb keine realistische Zielsetzung, sondern ein Wunschwert ohne direkte Einflussmöglichkeit des Kantons.

Livia Knüsel (Grüne, Schlieren): Wir sind mit der SP vollkommen einig, dass wir eine starke öffentliche Schule brauchen. Das Unterrichten ist komplexer geworden, weil man heute allen Anspruchsgruppen gerecht werden will und weil das integrative Modell neue Herausforderungen mit sich bringt. Wir müssen also klug in unsere Schule investieren, das heisst sorgfältig abzuwägen, welche Massnahmen es braucht, um jedes Kind nach seinem Können und seinen Bedürfnissen zu beschulen. Wir müssen aber auch darauf achten, mehr Ruhe in die schulischen Abläufe zu bringen, bei gleichzeitiger steter Förderung von Inklusion. Die gute Botschaft ist, dass unser Volksschulmodell offenbar auch unter den neuen Prämissen noch immer überzeugend ist, denn die Privatschulquote hält sich seit Jahren stabil. Natürlich spielt hier der Kostenfaktor eine Rolle, aber auch vermögende Leute entscheiden sich für die Volksschule, sonst würde die Quote steigen. Gründe für Privatschulen sind oftmals, dass man sich bewusst für ein anderes schulisches Modell entscheidet, zum Beispiel dasjenige der Steiner-Schule oder einer Montessori-Schule. Familien, die beruflich ständig auf der Durchreise sind, schicken ihre Kinder in International Schools. Das sind nachvollziehbare Gründe, und sie richten sich nicht per se gegen die Volksschule.

Solange die Quote weiterhin stabil bleibt, sehen wir Grünen keine Notwendigkeit, Massnahmen in diesem Bereich anzustreben. Vor allem aber sehen wir keine direkte Einflussmöglichkeit auf diesen Wirkungsindikator, darum unterstützen wir diesen Antrag nicht.

Kathrin Wydler (Die Mitte, Wallisellen): Auch uns ist eine starke Volksschule wichtig, aber der Antrag, den Anteil der Privatschüler zu senken, geht völlig an der Realität vorbei. Die Schulwahl liegt bei den Eltern, sie ist gesetzlich garantiert und vom Staat nicht steuerbar. Privatschulen bieten teils spezialisierte Angebote an, und zum Beispiel viele Expats – von denen haben wir viele auch hier in Kanton Zürich – wählen internationale Schulen, weil sie nur vorübergehend hier sind.

Wichtig ist aber, dass wir die Volksschule attraktiv halten. Doch selbst die politischen Parteien hier im Rat sind sich nicht einig, wie das gelingen soll. Die Lösungsansätze könnten kaum unterschiedlicher sein. Bevor wir über Zielwerte bei den Privatschulen sprechen, müssten wir uns überhaupt einmal über den Weg zu einer starken Volksschule einigen.

Wir werden diesen KEF-Antrag nicht überweisen.

Nicole Wyss (AL, Zürich): Auch wenn die Alternative Liste für diese KEF-Erklärung Sympathie bekunden kann und die Intention dahinter versteht, können wir sie nicht unterstützen.

Die Anzahl Schülerinnen und Schüler, welche eine Privatschule besuchen, kann nicht auf dem Papier beeinflusst werden. Eltern entscheiden sich aus sehr unterschiedlichen Gründen für eine Privatschule. Oft geht es nicht um Prestige, sondern um pädagogische Bedürfnisse: kleinere Klassen, mehr individuelle Förderung oder spezielle Konzepte wie «Montessori» oder zweisprachiger Unterricht. Einige Familien suchen Stabilität, weil sie denken, ihr Kind erhalte in der öffentlichen Schule zu wenig Unterstützung, oder sie wählen eine Privatschule, weil Schüler und Schülerinnen Schwierigkeiten hatten. Andere wählen eine Schule, deren Werte oder Strukturen besser zu ihrem Alltag passen. Diese Vielfalt der Gründe zeigt: Privatschulen füllen Lücken, die unser öffentliches Bildungssystem nicht immer schliessen kann. Es muss deshalb unser Ziel sein, die Volksschule so zu stärken, dass jedes Kind dort die Unterstützung erhält, die es braucht, unabhängig vom Einkommen der Eltern. Und da bin ich für einmal mit Herrn Bourgeois einig: Je besser unsere öffentliche Schule ist, desto weniger Eltern haben das Bedürfnis, ihre Kinder privat besuchen zu lassen. Und dafür wird sich die Alternative Liste bei den betroffenen Geschäften im kommenden Jahr einsetzen. Die AL unterstützt diese KEF-Erklärung nicht.

Patricia Bernet (SP, Uster) spricht zum zweiten Mal: Was für ein wunderbarer Wirkungsindikator! Das ist ja ein Loblied auf die öffentliche Schule, die ich von allen Seiten gehört habe. Ich habe gehört, dass wir Transparenz wollen. Wir wollen eine öffentliche Schule, die stark sein soll, wir wollen klug investieren und alle Kinder gut fördern. Die Volksschule ist wichtig, sie muss attraktiv sein, wir müssen investieren. Wir sind der Meinung, dass es diesen Wirkungsindikator braucht, dass die Anpassung nach unten auf 6 Prozent gerechtfertigt und wichtig ist. Denn die öffentliche Schule ist wichtig, und sie ist sogar zu wichtig, um das wegzulassen. Wir brauchen eine starke Volksschule, und das bedeutet, dass auch der grösste Anteil an die öffentliche Schule geht und deshalb auch dieses Wirkungsziel festgehalten und definiert werden muss. Es ist richtig, dass es nicht direkt gesteuert werden kann, aber es bedeutet, dass es uns wichtig ist, die öffentliche Schule stark zu halten und zu schauen, dass wirklich möglichst alle Kinder in die öffentliche Schule gehen. Denn damit haben wir eine hohe Chancengerechtigkeit in der Bildung und vor allem auch eine stabile Demokratie.

Regierungsrätin Silvia Steiner: Ich mache es kurz, es wurde alles gesagt: Die Quote der Schülerinnen und Schüler, die eine private Schule besuchen, ist seit Jahren konstant. Und wenn man das den Eltern verbieten möchte, müsste man das Gesetz ändern.

Abstimmung über KEF-Erklärung 10

Der Kantonsrat lehnt die Überweisung der KEF-Erklärung 10 mit 138 : 33 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Leistungsgruppe 7050, Hochbauinvestitionen Bildungsdirektion

Leistungsgruppe 7100, Lehrmittelverlag

Keine Wortmeldung, so genehmigt

Leistungsgruppe 7200, Volksschulen

15a. Minderheitsantrag Marc Bourgeois und Alexander Jäger (KBIK):

Verbesserung: Fr. 5'000'000

Plafonierung des Beschäftigungsumfangs auf Wachstum SuS. Beschäftigungsumfang wächst um 1,5%, SuS in Volksschule lediglich um 0,2%. Entlastet auch die Gemeinden – um den vierfachen Betrag. Der Aufwand im Sonderschulbereich wächst aufgrund mangelnder Alternativen erneut weit überproportional.

Marc Bourgeois (FDP, Zürich): An diejenigen, die uns vorhin unterstellten, dass wir pauschale Anträge gemacht haben: Sie sehen, dass wir bei den Hochbauinvestitionen keine gemacht haben, und wir haben auch keine gemacht beim Lehrmittelverlag, obwohl wir das alles auch angeschaut haben. Aber dort ist alles im grünen Bereich, also haben wir auch keine Anträge gestellt.

Bei der Volksschule sieht es etwas anders aus. Das ist kein 2-Prozent-Kürzungsantrag, sondern wir haben ein Schülerwachstum, das langsam abflacht; das wissen wir. Im Kindergarten nehmen inzwischen die Zahlen ab, in der Stadt Zürich werden Kindergärten geschlossen. Wir haben ein gesamthaftes Wachstum der Schülerinnen und Schüler von 0,2 Prozent. Der Beschäftigungsumfang wächst um 1,5 Prozent. Es gibt kein Gesetz, das dies vorschreibt, das können Sie noch so lange behaupten. Es gibt kein Gesetz, das vorschreibt, dass man plötzlich mehr Stellen für die gleiche Anzahl Kinder einsetzen muss. Das gibt es nicht, und deshalb ist auch dieser Antrag völlig legitim, völlig im legalen Bereich. Was wir hier tun, ist nichts anderes, als die Teuerung zu gewähren, plus 0,2 Prozent zusätzliche Stellen. Das gibt eine Einsparung von 5 Millionen Franken, das ist immerhin einmal ein Anfang. Aber das können Sie mit vier multiplizieren, das sparen Sie nämlich dann in den Gemeinden. Und ich kann Ihnen eines sagen: Die Gemeinden sind nahe dran, dass es ihnen «den Deckel lupft» mit diesen Volksschulkosten. Vielleicht werden wir es demnächst auch im Rahmen eines Referendums sehen. Besten Dank.

Sylvie Matter (SP, Zürich): Herr Bourgeois, Die Regierungsrätin hat Ihnen bereits letztes Jahr erklärt, wie die Stellenzuteilung funktioniert, sie ist im Lehrpersonalgesetz geregelt: Die Gemeinden erhalten Lehrpersonen entsprechend der Anzahl Schülerinnen und Schüler. Sie hätten ein Jahr Zeit gehabt, sich damit auseinanderzusetzen. Doch statt Ihre Hausaufgaben zu machen, haben Sie sich entschieden, Ihren Antrag wieder einzureichen. Darum so gekürzt und schnell, wie es die zwei Minuten notwendig machen: Wird in einer Gemeinde die maximal pro Klasse zulässige Anzahl Schülerinnen und Schüler überschritten, muss eine neue Klasse eröffnet werden mit Lehrpersonen, Schulraum, Betreuung et cetera, egal ob die Zahl um sechs oder um zwölf Schülerinnen und Schüler überschritten wird. Ihre «Milchbüechli-Rechnung» würde nur dann aufgehen, wenn Kinder in exakt 25er-Schritten zur Welt kommen würden, sodass immer gleich eine voll ausgelastete Schulklassie entsteht. Im Kindergarten müsste das sogar in 21er-Schritten der Fall sein. Und sobald diese dann im Schulalter sind, materialisieren sich vier zusätzliche Schulkinder, damit die Klasse wieder zu 100 Prozent ausgelastet ist. Das ist absurd. Alternativ schieben wir die überzähligen Kinder in die nächste Gemeinde, wo es eine noch nicht ausgelastete Schulklassie gibt. Da braucht es nur Schulbusse und Personen, die sie fahren, und vermutlich 150 Richterinnen- und Richterstellen, weil all die Klagen von Eltern bearbeitet werden müssen, deren Kinder in andere Gemeinden geschoben werden. Die Absurdität meiner Ausführungen zeigt das Problem von «Milchbüechli-Rechnungen»: Sie taugen genau für dieses, und unsere Volksschule ist kein Milchbüechli. Sie reduzieren Lehrpersonen und Kinder auf Zahlenkolonnen und ignorieren die Realität in den Klassenzimmern. Eine starke Volksschule braucht genügend Fachpersonal, orientiert an pädagogischen Bedürfnissen, nicht an simplen Wachstumsformeln. Wenn wir die Stellen nur nach Kopfzahlen bemessen, ignorieren wir die Realität und gefährden die Bildungsqualität.

Wir lehnen diesen Antrag entschieden ab.

Livia Knüsel (Grüne, Schlieren): Der Bildungsdirektion wird hier vorgeworfen, dass sie nicht richtig rechnen könne, die steigenden Ausgaben würden nicht mit dem Schülerwachstum korrelieren. Dabei erklärt uns die Bildungsdirektion immer wieder von Neuem, und dies glaubhaft, dass die jährlich steigenden Kosten nicht allein auf das ausgewiesene Wachstum der Schülerzahlen zurückzuführen sind. Was suggeriert die FDP hier für ein Weltbild? Wollen wir tatsächlich nur noch Stellenprozente, heruntergebrochen auf unsere Schüler und Schülerinnen, bewilligen? Diese Art von Denken bremst Innovation. Es ist ein Denken, das uns in finstere Vergangenheiten zurückkatapultiert, in Zeiten, als unsere Kinder neben ihrer grob gehobelten Holzbank und einem unbequemen Stuhl nur noch einen Griffel auf dem Tisch bereit hatten, ein Lehrer mit schwarzer Pädagogik im Rucksack inklusive, anders ausgedrückt: karg und bedrückend. Ja, die FDP will unsere Schulen wieder unmodern und altbacken machen. (*Unruhe im Saal*)

Was ist mit den Vikariaten, was ist mit dem Teuerungsausgleich, was ist mit den Aufnahmeklassen für Asylsuchende und Flüchtlingskinder, und was ist mit dem Sonderschulbereich? Die Menge von Kindern mit besonderen Bedürfnissen muss

doch nicht mit dem Schülerwachstum korrelieren. Kürzen wir hier, dann verneinen wir familiäre, sprachliche, leistungs- und behinderungsspezifische Bedürfnisse.

Wir Grünen sind der dezidierten Meinung, dass die Bildungsdirektion nicht überbudgetiert, sondern die Kosten genau im Auge behält. Und wir stimmen diesem Antrag nicht zu.

Marc Bourgeois (FDP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Wir haben wieder zwei Personen reden hören, die beide ihr Geld im kantonalen Bildungswesen verdienen. Ich denke, dass das einfach gesagt sein muss, denn das ändert die Interessenslage.

Sylvie Matter, wir reden hier von sprungfixen Werten. Ja, natürlich, wenn eine Klasse schon 24 Kinder hat, dann gibt es eine neue Klasse. Und das ist überproportional viel. Aber wenn eine Klasse 18 Kinder hat und ein Kind dazu kommt, dann gibt es keine neue Stelle, und das ist unterproportional. Und gemäss dem «Gesetz der grossen Zahlen» dürfte sich das im Kanton ziemlich genau ausgleichen. Von daher ist die «Milchbüechli-Rechnung» wahrscheinlich ein relativ guter Schätzer, würde man statistisch sagen. Vikariate gab es auch letztes Jahr, Aufnahmeklassen gab es auch letztes Jahr. Es gibt keinen Grund für dieses überproportionale Wachstum. Besten Dank.

Sylvie Matter (SP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Sehr geehrter Herr Bourgeois, jetzt können Sie dann endlich aufhören mit Ihren Unterstellungen. Ich habe keine Anstellung im Kanton Zürich.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 96 : 75 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) den Minderheitsantrag 15a von Marc Bourgeois abzulehnen.

KEF-Erklärung 11

Weiterentwicklung Bildungskosten im Einklang mit der Entwicklung der Anzahl Schülerinnen und Schüler beziehungsweise der Studierenden.

Antrag von Marc Bourgeois und Alexander Jäger:

Beschränkung der Entwicklung des Budgetkredits Erfolgsrechnung in den KEF-Planjahren auf die Entwicklung der folgenden Leistungsindikatoren, jeweils zugleich Teuerung:

Leistungsgruppe	Leistungsindikator	Seite
7200 Volksschule	L6 Volksschüler/innen	233
7301 Mittelschulen	L2 SuS, die in den Leistungsaufträgen finanziert werden	236
7306 Berufsbildung	L2 Lernende in der Grundbildung an öffentlichen und beitragsberechtigten Schulen	239
9600 UZH	L1 Studierende gesamt	341
9710 ZHAW	L1 Studierende gesamt	346
9720 ZHdK	L1 Studierende gesamt	349
9740 PHZH	L1 Studierende gesamt	352

Bei einer abnehmenden Anzahl auszubildender Personen sind die Budgetkredite Erfolgsrechnung entsprechend zu senken, sofern die Teuerung eine solche Entwicklung nicht überkompenziert.

Marc Bourgeois (FDP, Zürich): Ich glaube, mich kurz fassen zu können, es ist klar, worum es geht. Wir möchten, dass sich die Bildungskosten im Gleichschritt mit der Anzahl auszubildenden Personen weiterentwickeln. Das ist je nach Bildungsinstitution sehr unterschiedlich. Bei der ZHAW (*Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften*) haben wir zum Beispiel im Moment kein Wachstum. Und was wir darüber hinaus natürlich gewähren, ist die Teuerung. Und das sollte es eigentlich sein. Interessanterweise hat uns kürzlich die Bildungsdirektorin selber bestätigt, dass das irgendwo auch ihr Ziel sei. Aber als wir dann den KEF-Antrag eingereicht haben, kamen tausend Gründe, weshalb das nicht gehe. Besten Dank.

Sylvie Matter (SP, Zürich): Die rechten Parteien machen in ihrer Sparlogik immer wieder die gleichen Fehler, darum wiederhole ich mich auch immer wieder: Bildung ist keine Kostenstelle, sie ist eine Investition. Bildung ist die Ressource, die wir haben. Sie ist die Grundlage unseres Wohlstandes und unserer Demokratie, die wir zunehmend verteidigen müssen. Wer hier spart, spart gerade an der Zukunft. Im Kanton Zürich mit seiner hohen wirtschaftlichen Dynamik müssen wir sicherstellen, dass alle Kinder und Jugendlichen die bestmögliche Förderung erhalten. Die Bildungsinstitutionen bilden nicht nur aus, sondern müssen sich und ihre Arbeit ständig einer sich zwangsläufig und immer schneller verändernden Gesellschaft anpassen. Diese Herausforderungen in ein Schülerinnen- und Schüler-Wachstumskorsett zu zwängen, würde ihnen nicht gerecht. Denn Projekte zur Verbesserung der Unterrichtsqualität oder Überarbeitungen des Lehrplans generieren Kosten, unabhängig der Anzahl Schülerinnen und Schüler. Und auch die

Immobilienkosten bleiben gleich hoch, auch wenn eine Klasse weniger im Gebäude unterrichtet wird; dies, um nur drei Beispiele zu nehmen.

Die Welt ist nicht so simpel, wie Sie sie uns mit Ihrem Antrag weismachen wollen. Sie ist es nicht, sie war es nie und wird es nie sein, das könnten Sie auch einmal lernen. Dabei möchte ich Sie jetzt unterstützen, darum wiederhole ich, dass wir die Realität ignorieren und die Bildungsqualität gefährden, wenn wir Bildungskosten nur nach Kopfzahlen bemessen.

Die SP lehnt diesen Antrag ab.

Livia Knüsel (Grüne, Schlieren): Diese Rasenmäher-Kürzungsanträge quer durch alle Leistungsgruppen der Bildung sind ein Affront gegenüber der Bevölkerung, die mit einem starken Bildungssystem rechnet und auf ein starkes Bildungssystem angewiesen ist. Die Kosten, die wir für unsere Schulen aufwenden, werden nicht für Nice-to-have-Anliegen ausgegeben. Ich habe hier das Bild eines Kuchens vor Augen, bei dem man sich überlegt, ob sich der Aufwand für die Glasur und die Verzierung lohnt. Aber wir reden hier eben nicht von einem «Marzipan-Rüebli» mehr oder weniger oder von Goldstaub versus Zuckerstreusel auf der Torte. Nein, wir reden hier von qualitativ hochstehenden kantonalen Schulen, die als Gesamtkonzept überzeugen müssen. Wir verzeichnen bereits zahlreiche Einbussen bei den Schulbauten, und nun soll der Kürzungs-Rasenmäher auch in der Schule und an der Hochschule mähen. Wir Grüne verurteilen diesen angeordneten Leistungsabbau an unseren kantonalen Schulen und Bildungsinstituten aufs Schärfste. Und irgendwann sollte uns auf der bürgerlichen Seite endlich einmal jemand glaubhaft erklären, weshalb der Kanton die Steuern senken soll, um im nächsten Atemzug das Spar-Zeitalter auszurufen. Oder senkt man die Steuern, weil man an gewissen Orten sparen will? Oder merkt man erst, dass gespart werden muss, wenn die Steuern gesenkt worden sind? Ja, was denn nun? Dieses Prinzip geht einfach nicht auf, und eine überzeugende Antwort auf diese Widersprüchlichkeit erhalten wir auf der linken Ratsseite nie.

Wir Grüne unterstützen diesen KEF-Antrag nicht.

Marc Bourgeois (FDP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Es ist doch interessant, welche Emotionen hier losgetreten werden. Offenbar geht es um viel Geld, das man verlieren kann. Erstens: Die Schulhausbauten, die Schulbauten, die sind nicht in diesen Konten. Wir reden primär von Personalkosten. Und zweitens, ich kann mich nur wiederholen: Anfangs hiess es, wir wüssten nicht, wo gespart werden soll, und machten Pauschalanträge in der Höhe von 50 Millionen et cetera. Hier sind wir konkret: Wir möchten, dass sich die Bildungskosten im Gleichschritt mit der Anzahl auszubildender Personen entwickeln, plus die Teuerung. Das muss jede private Schule auch so machen, und glauben Sie mir, es funktioniert und die verdienen Geld damit.

Sylvie Matter, es wäre für mich sogar noch okay, wenn die Bildungskosten steigen würden, wenn auch der Bildungs-Output steigen würde. Aber dort, wo wir ihn messen, unabhängig messen, zum Beispiel in der PISA-Studie (*internationale*

Schulleistungsuntersuchung), sind die Kosten am Steigen und der Output am Sinken. Und das ist irgendwie nicht besonders ökonomisch. Der Gemeindepräsidentenverband hat nachgewiesen, dass sich in den letzten 25 Jahren in der Volkschule die Kosten pro Kind verdoppelt haben – verdoppelt! Jetzt schauen Sie mal, wie sich die PISA-Resultate in dieser Zeit entwickelt haben, und überlegen Sie sich, ob das gut investiertes Geld war. Besten Dank.

Regierungsrätin Silvia Steiner: Ich würde jetzt hier die PISA-Resultate gerne noch einmal resümieren wollen, aber ich glaube, ich würde an eine Wand reden. Wir sind, und das habe ich hier drin schon einmal gesagt, bei der PISA-Studie sehr, sehr gut unterwegs. Und da können Sie jetzt noch tausendmal sagen, wir seien schlecht. Die Berechnungen des Gemeindepräsidentenverbands sind übrigens mehr als fragwürdig, weil falsche Zahlen genommen wurden (*Unruhe in Saal*) – das kann ich Ihnen gerne auch noch beweisen – und Leistungen in die Bildungskosten eingerechnet wurden, die nicht dorthin gehören. Aber wir werden das andernorts sicher noch einmal vertiefen.

Und wenn es jetzt um diese Leistungsgruppen geht, gebe ich Ihnen recht: Ich möchte auch nicht, dass die Kosten pro Kopf steigen. Aber wenn Sie nur die Veränderungen der Schülerzahlen anschauen, dann greift das eben etwas zu kurz. Sie müssen in den einzelnen Leistungsgruppen kantonale Faktoren mitberücksichtigen, welche wir eben nicht beeinflussen können. Dazu zählen Verrechnungen innerhalb des Kantons, namentlich in den Bereichen Digitalisierung, Mietermodell, Raumkosten, oder auch kantonale oder gesetzlich vorgegebene Lohnmassnahmen. Ich verweise wieder auf die Teuerung.

Abstimmung über KEF-Erklärung 11

Der Kantonsrat lehnt die Überweisung der KEF-Erklärung 11 mit 95 : 76 Stimmen (bei Enthaltungen) ab.

Leistungsgruppe 7301, Mittelschulen

16a. Minderheitsantrag Marc Bourgeois und Alexander Jäger (KBIK):

Verbesserung: Fr. 5'000'000

Beschränkung des Kostenwachstums auf Zunahme SuS und grosszügig berechneter Teuerung.

Marc Bourgeois (FDP, Zürich): Das ist auch wieder eine Leistungsgruppe, bei der die Anzahl Schülerinnen und Schüler weniger stark steigt als die Kosten. Allerdings ist der Spareffekt deutlich kleiner, als es bei den Volksschulen gewesen wäre. Bei der Volksschule bezahlen ja die Gemeinden 80 Prozent der Löhne. Hier ist es nicht so. Insofern beschränkt sich natürlich der mögliche Sparbeitrag auf diese 5 Millionen Franken, aber immerhin, das wäre auch schon etwas. Besten Dank.

Sylvie Matter (SP, Zürich): Ich bin Pädagogin. Zum einen glaube ich als solche an die Lernfähigkeit des Menschen. Zum anderen weiss ich, dass der Mensch durch Wiederholung lernt. Darum wiederhole ich es noch einmal: «Milchbüechli-Rechnungen» taugen für das Milchbüchlein, nicht für Bildungsinstitutionen. Lehrpersonen und Schülerinnen und Schüler sind keine Zahlen, sondern Menschen. Wenn die Bildungskosten nach Kopfzahlen berechnet werden, ignorieren Sie die Realität und gefährden die Bildungsqualität. Wir lehnen auch diesen Antrag klar und deutlich ab.

Livia Knüsel (Grüne, Schlieren): Wie bei der Volksschule bemisst sich der Aufwand für Mittelschulen nicht allein am Schülerinnen- und Schüler-Wachstum. Die Aufwendungen steigen aufgrund von Massnahmen, die mittels Kantons- oder Regierungsratsbeschlüssen realisiert werden müssen, so zum Beispiel die Umsetzung des pädagogischen und technischen Wandels oder die Einführung der Schulsozialarbeit auf der Sekundarstufe II, ein Programm, das in Zeiten, in denen die psychischen Probleme gerade bei Jugendlichen zunehmen, unabdingbar ist. Erinnert sei an die Volksinitiative «Gesunde Jugend Jetzt!» (Vorlage 5920). Die Pubertät ist eine schwierige Phase, viele Jugendliche geraten in schulische oder persönliche Krisen. Darum brauchen Kinder und Jugendliche Anlaufstellen an unseren kantonalen Schulen. Solche Massnahmen sind also keine Nice-to-haves, sondern sie zeichnen unsere Schulen als Institutionen aus, die sich nicht nur um das schulische, sondern auch um das psychische Wohl der Kinder kümmern. Pauschalkürzungen von 5 Millionen würden bei den Mittelschulen zu einem Leistungsabbau führen, und man wäre gezwungen, bereits beschlossene Projekte anzutasten. Wir Grüne wollen um jeden Preis verhindern, dass unsere Schulen wegen solch unsinniger Rasenmäher-Anträge an Qualität verlieren. Öffentliche Schulen sind dann stark, wenn sie einen zeitgemässen Unterricht anbieten, wenn sie in der Lage sind, inspirierende Projekte mit ihren Schülern und Schülerinnen durchzuführen, wenn soziale Anlaufstellen angeboten werden, wenn kulturelle Vielfalt gelebt werden kann. Sie sind stark, wenn sie ein überzeugendes, pädagogisch und didaktisch modernes Gesamtpaket darstellen. Auch diesen Antrag unterstützen wir Grüne selbstverständlich nicht, und wir könnten endlich einmal aufhören darüber zu reden, denn es handelt sich bei jedem Antrag wirklich um das gleiche Argumentarium.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Geschätzter Marc Bourgeois, ich glaube, wenn ich ein bisschen in Ihrem Lebenslauf wühle, dass Sie doch Volkswirtschaft an der Uni Zürich studiert haben, oder? Und in der Volkswirtschaft wie auch in der BWL (*Betriebswirtschaftslehre*) lernt man doch, dass Kosten und Nutzen irgendwie in einem Verhältnis stehen sollten. Und gerade in dieser Debatte sehe ich die Kosten als relativ hoch und den Nutzen als relativ gering. Und ich denke, dass Sie nach dem fünften gleichen Antrag gemerkt haben sollten, dass der Kantonsrat Ihre «Milchbüechli-Rechnung» nicht billigt und dass Ihr Ansatz der falsche ist, um über Bildungsfinanzen zu reden. Ersparen Sie uns doch die restlichen Debatten und ziehen Sie Ihre Anträge einfach zurück, die alle das Schülerwachstum und

das Kostenwachstum korrelieren wollen. Ich glaube, dass wir alle nicht unglücklich sind, wenn wir nicht jedes Mal über das Gleiche reden müssen. Und auch die NZZ und der «Tages-Anzeiger» haben jetzt Ihr Vorhaben kennengelernt, und ich glaube, es braucht hier keine weiteren Vertiefungen.

Marc Bourgeois (FDP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Thomas Forrer, auch zu deiner Interessenbindung: Ich glaube, dass du zumindest Teilzeit an der Universität Zürich beschäftigt bist. Ist das korrekt? Ich frage, ob das korrekt ist. Ja, es ist vermutlich korrekt. Es steht zumindest so auf der Webseite der Uni Zürich. Und Sie merken es langsam, oder? Es geht hier um einen Berufsstand, der seine Pfründe verteidigt – ganz einfach. Das sind alles Leute, die von diesem Geld profitieren, über das wir heute reden. Ich profitiere nicht von diesem Geld, ich bezahle es (*Unruhe im Saal*).

Nun, Danke, Livia Knüsel, denn du hast sachliche Argumente gebracht, darüber kann man diskutieren.

Liebe Sylvie Matter, süffisante Beleidigungen machen nicht glaubwürdig. Pädagogen, die auf den Menschen zielen, waren gestern, dachte ich.

Stefan Feldmann (SP, Uster): Sie haben ja gestern in diesem Rat meinen vorzeitigen Rücktritt nach 19 Jahren genehmigt. Dafür danke ich Ihnen (*Heiterkeit*). Als zurückgetretener, aber noch anwesender Kantonsrat, und auch aufgrund meiner Haarfarbe betrachte ich mich deshalb nun etwas als Elder Statesman. Und in diesem Zusammenhang muss ich jetzt wirklich sagen: Marc Bourgeois, höre auf mit diesen Unterstellungen. Wir sind ein Milizparlament. Wir bilden die Breite des Kantons Zürich ab. Wir bilden die Breite der Berufsstände im Kanton Zürich ab. Und da ist es völlig natürlich, dass auch Jägerinnen und Jäger und Bäuerinnen und Bauern mitsprechen, wenn wir über ein Jagdgesetz oder über ein Landwirtschaftsgesetz sprechen. Es ist völlig natürlich, dass auch Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter mitsprechen, wenn wir über die Sozialgesetzgebung sprechen. Und es ist völlig natürlich, dass auch Menschen aus dem Bildungsbereich mitreden, wenn wir über die Bildung reden. Das ist aber auch eine Stärke unseres Parlaments, denn diese Leute wissen in aller Regel, wovon sie sprechen. Und insofern sollten wir das schätzen, dass das so ist, und nicht mit solchen Vorwürfen agieren. Ich bitte darum, das zur Kenntnis zu nehmen und inskünftig zu unterlassen. (*Einige Ratsmitglieder klopfen auf ihren Tisch.*)

Ratspräsident Beat Habegger: Ich bitte auch darum, das Klatschen hier zu unterlassen.

Josef Widler (Die Mitte, Zürich): Ich bin nicht Bildungspolitiker, aber was ich hier höre, gibt mir doch zu denken. Die Argumente von links und rechts sind immer dieselben. Die einzige Abwechslung sind die persönlichen Verunglimpfungen. Ich finde das völlig daneben. Ich bitte Sie, sich zurückzuhalten und vorwärtszumachen. Wir kennen die Argumente von links und rechts. Stehlen Sie mir nicht die Zeit.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 96 : 76 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) den Minderheitsantrag 16a von Marc Bourgeois abzulehnen.

KEF-Erklärung 12

Dropout-Quote

Antrag von Sibylle Jüttner:

Es wird ein neuer Indikator eingeführt, welcher aufzeigt, wie hoch die Dropout-Quote nach der Probezeit und während der Zeit des Gymnasiums bis zur Matur ist.

Sibylle Jüttner (SP, Andelfingen): Ich bin Kanti-Lehrerin an der Kantonsschule Bülach und amte dort auch als Prorektorin.

Der kommende Antrag gibt mir weder finanzielle Vorteile, im Gegenteil, er würde uns wahrscheinlich Arbeit bescheren, würde er denn angenommen werden, was nicht der Fall sein wird. Nichtsdestotrotz wäre es mein Wunsch, mit dem neuen Indikator sichtbar zu machen, wie viele Schülerinnen und Schüler nach bestandener Aufnahmeprüfung das Gymnasium tatsächlich bis zum Abschluss durchlaufen. Sinkende Erfolgsquoten wären ein klarer Hinweis auf notwendigen Handlungsbedarf. Wir kennen solche Daten bereits von der Probezeit, und an der Kantonsschule Bülach analysieren wir diese jeweils sehr genau – auch wo wir im interkantonalen Vergleich stehen – und überlegen uns, ob wir entsprechende Massnahmen ergreifen müssen. Ein solcher Indikator für den gesamten gymnasialen Bildungsweg würde die Transparenz erhöhen und dem Kanton wie auch den einzelnen Schulen ermöglichen, Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und, wenn nötig, gezielt gegenzusteuern. Natürlich zeigt die Quote allein noch nicht die Ursachen von Abbrüchen, aber ohne Zahlen wissen wir gar nicht erst, wie viele Jugendliche betroffen sind. Eine verlässliche Dropout-Statistik ist die Grundlage für jede seriöse Diskussion über Qualität, eventuell auch Chancengerechtigkeit und notwendige Massnahmen. Zudem ist es auch volkswirtschaftlich sinnvoll, möglichst viele Schülerinnen und Schüler zum Abschluss zu führen. Der Kanton investiert erheblich in die gymnasiale Bildung, weil wir gut ausgebildete Fachkräfte brauchen, die Verantwortung übernehmen und künftig auch zum Steueraufkommen beitragen. Darum hätten wir diesen Indikator gerne eingeführt. Er hätte Transparenz geschafft, die Qualitätssicherung gestützt und nützte letztlich dem gesamten Bildungsstandort Zürich.

Livia Knüsel (Grüne, Schlieren): Kinder und Jugendliche, welche die schulischen Fähigkeiten für einen Gymi-Abschluss aufweisen, sollen nicht aus dem Gymi aussteigen, weil sie sich alleingelassen fühlen oder an ihren Kompetenzen zweifeln oder in anderer Weise psychisch, mental oder sozial belastet sind. Die Bildungsdirektion hat in den letzten Jahren viel dazu beigetragen, diesen Problemen zu begegnen. Insbesondere zu erwähnen ist hier die Einführung der Schulsozialarbeit an den Mittel- und Berufsschulen. Der Bildungsbericht 2023 hat gezeigt, dass bei den Dropouts soziale Herkunft und Geschlecht eine Rolle spielen. So treten zum Beispiel Kinder mit einem migrantischen Hintergrund öfters aus dem Gymnasium aus. Hinter einem Abbruch können auch positive Motive stehen wie eine Neuorientierung, zum Beispiel, wenn ein Jugendlicher sich trotz guter Gymi-Noten für eine Berufslehre entscheidet. Oder aber der Umzug in einen anderen Kanton oder ins Ausland kann dazu führen, dass jemand aus dem Gymnasium aussteigt. Man muss also immer genau hinschauen, weshalb jemand das Gymnasium abbricht und in welchen Situationen unterstützende Massnahmen notwendig wären. Das Stichwort ist «Haltekraft», das heisst, dass die Schulleitungen hier in der Pflicht sind, direkt und schnell auf Schuldistanzierung, Absenzen und persönliche Probleme zu reagieren. Schulen, die einen hohen Wert auf Partizipation und Integration legen, sind in dieser Sache oft erfolgreicher, wie Studien nahelegen. Einen Indikator zur Austrittsquote erachten wir nicht als aussagekräftig, denn ein solcher lässt die Motive des Abbruchs im Dunkeln. Ausserdem finden wir, dass die Schulen selber dafür sorgen müssen, ihre Dropout-Quote tiefzuhalten. Wir Grüne unterstützen darum diesen KEF-Antrag nicht.

Nicole Wyss (AL, Zürich): Aus Sicht der Alternativen Liste macht die Einführung dieses neuen Indikators durchaus Sinn. Steigt zum Beispiel die Anzahl Schülerinnen und Schüler, welche die Probezeit an Lang- oder Kurzzeit-Gymis nicht bestehen, kontinuierlich an, so können daraus Anpassungen für Gymi-Vorbereitung und Empfehlungen in der 6. Klasse respektive der Sek vorgenommen werden. Müssen Jugendliche nach der obligatorischen Schulzeit das Gymi verlassen, so ist das Wichtigste, dass Anschlusslösungen gefunden werden und diese Schüler und Schülerinnen nicht durch die Maschen fallen. Denn je länger ein junger Mensch keine Anschlusslösung hat, desto schwieriger ist ein Wiedereinstieg. Und nicht jeder Jugendliche hat das Glück, Eltern zu haben, welche die Kapazität aufbringen können und die Möglichkeit haben, sich um eine sinnvolle Anschlusslösung zu kümmern. Dieser Indikator ist ein Mehrwert für unsere Arbeit in der Bildungspolitik; nicht heute, aber vielleicht in ein paar Jahren. Die AL unterstützt.

Abstimmung über KEF-Erklärung 12

Der Kantonsrat lehnt die Überweisung der KEF-Erklärung 12 mit 134 : 38 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Leistungsgruppe 7306, Berufsbildung

17a. *Minderheitsantrag Marc Bourgeois und Alexander Jäger (KBIK):*

Verbesserung: Fr. 2'500'000

Limitierung des Mehraufwands auf Wachstum SuS zzgl. grosszügig berechneter Teuerung und Umstellung Wirtschaftsschule KV Zürich auf Mietermodell.

Alexander Jäger (FDP, Zürich): Bei der Berufsbildung kürzen wir nicht gerne, aber wir müssen überall mit gleichen Ellen messen. Wir limitieren den Mehraufwand auf das Wachstum der Schülerinnen und Schüler. Wichtig für Sie auf der linken Seite: Die Teuerung geben wir, und auch der Umstellung der Wirtschaftsschule KV Zürich auf das Mieterinnenmodell stimmen wir zu. Somit können wir eine kleine Kürzung von 2,5 Millionen Franken auf den Gesamtbetrag von 44,8 Millionen Franken machen, das halten wir für richtig. Stimmen Sie unserem Antrag zu.

Sibylle Jüttner (SP, Andelfingen): Der Kürzungsantrag bei der Berufsbildung ist aus unserer Sicht klar abzulehnen. Erstens ist weder die Höhe der Kürzung nachvollziehbar, noch überzeugt die Begründung. Die Behauptung, der Mehraufwand korreliere nicht vollständig mit den Schülerzahlen, taugt nicht als Grundlage für eine Budgetkürzung. Ja, es ist richtig, das Schülerwachstum ist nicht riesig. Aber wie wir vorhin bereits gehört haben, kann auch ein moderater Zuwachs zu überproportionalen Kosten führen. Schon wenige zusätzliche Lernende können eine neue Klasse, mehr Raum, damit höhere Infrastrukturkosten und so weiter notwendig machen. Dazu kommen laufende Mehraufwände durch den digitalen Wandel auf der SEK-II-Stufe, die Anpassung der Entschädigung für Prüfungsexpertinnen sowie die Umsetzung der Pflegeinitiative und so weiter. All das sind real, sachlich begründete Kosten, welche die Regierung sorgfältig budgetiert hat.

Die SP steht klar zu einer starken Berufsbildung, darum lehnen wir diesen Kürzungsantrag entschieden ab.

Wilma Willi (Grüne, Stadel): Zu meiner Interessenbindung: Ich verfüge über viel Erfahrung in der Berufsbildung (*Heiterkeit*) und betrachte den Weg der dualen Bildung als Königsweg. Den finanziellen Erfolg dieses Kantons verdanken wir zu einem grossen Teil unserer exzellenten Berufsbildung. Dass nun just in diesem Bereich gekürzt werden soll, ist ein Affront. Budgetkürzungen im Bereich der Berufsbildung müssen mit äusserst grosser Sorgfalt geprüft werden. Von Sorgfalt ist bei diesem Antrag jedoch nichts zu erkennen. Die komplexe Vereinbarung zwischen der Wirtschaftsschule KV Zürich und der Bildungsdirektion ist im RRB 686 von 2024 erläutert. Es ist vermessen, dass wir hier im Rat in diese Vereinbarung hineinpfluschen sollen. Zudem wissen wir nicht, wie sich die Zahl der Berufslernenden entwickeln wird. Es wird immer noch mit einer Zunahme auf Sek-II-Niveau gerechnet, und dennoch packen Sie in Ihrem Kürzungsantrag auch noch

eine Teuerungskürzung mit ein. Ein sorgfältig ausgearbeiteter Antrag sieht wirklich anders aus. Sie, liebe Bürgerliche, singen das hohe Lied der Berufsbildung und wollen klemmen, wenn es darum geht, Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Die Grünen unterstützen die Berufsbildung konsequent, immer schon. Wir lehnen diese Kürzung deshalb dezidiert ab. Tun Sie das bitte auch.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 96 : 76 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) den Minderheitsantrag 17a von Marc Bourgeois abzulehnen.

Leistungsgruppe 7401, Universität (Beiträge)

18a. Minderheitsantrag Marc Bourgeois und Alexander Jäger (KBIK):

Verbesserung: Fr. 3'000'000

Limitierung der Massnahmen zur Verbesserung der Betreuungssituation in der Lehre (Kompensation in anderen Bereichen)

Alexander Jäger (FDP, Zürich): Beim Beitrag an die Universität werden insgesamt 25,7 Millionen Franken mehr budgetiert als vor einem Jahr. Dabei wird ein Betrag von 5,3 Millionen Franken zur Verbesserung der Betreuungssituation in der Lehre eingestellt. Diesen Betrag wollen wir um 3 Millionen Franken kürzen. Wenn es diese 3 Millionen Franken doch braucht, dann können sie an anderen Orten an der Universität eingespart werden. Und noch zur Erinnerung: Die Universität erhält mit der Kürzung immer noch 22,7 Millionen Franken mehr als im Budget des letzten Jahres. Wir kürzen das Wachstum.

Carmen Marty Fässler (SP, Adliswil): Auch hier möchte ich eigene Argumente bringen, wie vorher meine Kolleginnen und Kollegen der linken Ratsseite bei den bereits behandelten Anträgen, dass es sich auch nicht, wie vorhin von Marc Bourgeois ausgeführt, um einen 2-Prozent-Pauschalantrag handelt. Und alle ehemaligen Interessenbindungen – einfach, damit ich das noch gesagt habe – zähle ich nicht auf. Korrekt ist, dass ich Primarlehrperson bin, aber im Moment nicht unterrichte.

Die UZH (*Universität Zürich*) rechnet in der KEF-Periode mit einem Anstieg von rund 2 Prozent pro Jahr bei der Gesamtzahl der Studierenden. Mit diesem Antrag wollen einzelne Parteien die Betreuungssituation nur verbessern, wenn in anderen Bereichen kompensiert wird, also wieder gespart wird. Es wurde ausgewiesen, dass ein höherer Beitrag an die UZH für Massnahmen zur Verbesserung der Betreuungssituation – nicht überall, aber in besonders belasteten Fächern – in der Lehre gebraucht wird. In Informatik, Psychologie und Banking reichen die vorhandenen Massnahmen nicht aus, damit die qualitativ hochstehende Betreuung in der Lehre volumnfänglich angeboten werden kann. Da wir seitens SP aber klar dafür einstehen, dass unsere Studierenden weiterhin eine sehr gute Ausbildung an der Universität Zürich absolvieren können, werden wir diesen Kürzungsantrag

wiederum entschieden ablehnen. Wir setzen uns weiterhin für gehaltvolle, innovative, auf hohem Qualitätsniveau stattfindende Studiengänge ein, und mit den Aussagen auf der Webseite der UZH möchte ich schliessen, Zitat: «Die UZH bietet ihren Studierenden ein exzellentes Umfeld voller Möglichkeiten und von schweizweit einzigartiger Vielfalt. Dabei entwickelt sich auch die Lehre ständig weiter, innovativ und kreativ begegnet sie auf den verschiedensten Ebenen den sich verändernden Ansprüchen einer sich rasch wandelnden Gesellschaft.» Und damit dieses Versprechen weiterhin eingehalten werden kann, braucht es die Ablehnung dieses Kürzungsantrags.

Ratspräsident Beat Habegger: Das Wort hat Stefanie Huber. Wo ist denn die Kollegin Huber? Will jemand für die Kollegin Huber sprechen? Es spricht Thomas Forrer (*Heiterkeit*).

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Ich rede jetzt für mich selbst und die Grüne Fraktion. Gerne gebe ich meine Interessenbindungen an dieser Stelle bekannt, weil sie etwas zur Sache tun: Ich unterrichte an der Uni Zürich, an der Universität Luzern und an der Universität Liechtenstein.

Und ich kann Ihnen sagen, womit die Universität Luzern wirbt und womit die Universität Liechtenstein wirbt, nämlich damit, dass sie ein viel besseres Betreuungsverhältnis haben als die Universitäten Zürich oder Bern. Da sind wir im Kanton Zürich eben genau im Nachteil, und ich kann Ihnen aus meiner eigenen Lehrerfahrung sagen, was das bedeutet: In Liechtenstein sind es vielleicht zehn Studierende pro Seminar, oder in einer Vorlesung vielleicht 20, 25. In Luzern sind es in einer Vorlesung vielleicht 30 bis 40, und in einem Seminar sind es so zwischen 15 und 20 Studierende. Und an der Universität Zürich muss man immer schauen, dass man nicht 30 und mehr Studierende im Seminar hat. Denn man kann dann diese studentischen Arbeiten kaum mehr in ausreichendem Masse individuell betreuen, weil man ja irgendwie auch ökonomisch arbeiten muss. Das ist genau der Nachteil. Und das ist der Ort, wo die Uni Zürich aufholen muss. Und da finde ich es bedenklich, Herr Jäger und Herr Bourgeois, dass Sie einfach irgendwie blind mit Zahlen jonglieren und sagen, «okay, 3 Millionen, das werden die schon hinkriegen und das muss man an einem anderen Ort einsparen». Sagen Sie mir, Herr Jäger, an welchem anderen Ort soll denn die Universität Zürich sparen?

Alexander Jäger (FDP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Herr Forrer, ich habe gesagt, wo man sparen könnte; das ist bei anderen Fächern. Und wenn wir vergleichen, wenn Sie schon verglichen, dann können Sie auch die Steuern vergleichen, wir können zum Beispiel die Steuern von Liechtenstein mit den Steuern von Zürich vergleichen. Dann können Sie auch sagen, wo Sie sein wollen.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 96 : 76 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) den Minderheitsantrag 18a von Marc Bourgeois abzulehnen.

Leistungsgruppe 7402, sonstige universitäre Leistungen

Keine Wortmeldung, so genehmigt.

Leistungsgruppe 7406, Fachhochschulen (Beiträge)

19a. Minderheitsantrag Marc Bourgeois und Alexander Jäger (KBIK):

Verbesserung: Fr. 7'200'000

Beschränkung des Wachstums des Kostenbeitrags an die ZHAW auf Abnahme Studierende, grosszügig berechnete Teuerung und diverse Kostentreiber gemäss Budget. Beschränkung des Wachstums des Kostenbeitrags an die PHZH auf Studierendenwachstum zzgl. grosszügig berechneter Teuerung.

Alexander Jäger (FDP, Zürich): Der Kürzungsantrag von 7,2 Millionen Franken bei den Fachhochschulen zielt auf die ZHAW (*Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften*) und die PHZH (*Pädagogische Hochschule Zürich*). Die ZHAW hat 2 Prozent weniger Studierende budgetiert und hat trotzdem eine Ausgabensteigerung von 4 Prozent. Und die PHZH hat ein Studierendenwachstum von 0,2 Prozent und ein Ausgabenwachstum von 2,9 Prozent. Bei diesen beiden Schulen kann man das Wachstum kürzen. Mit dem Kürzungsantrag kann die Teuerung weiterhin ausbezahlt werden, und auch der neue Standort «Leutschentower» der PHZH kann bezogen werden. Bei der ZHdK (*Zürcher Hochschule der Künste*) kürzen wir nicht. Das Wachstum beläuft sich im Rahmen der Steigerung der Studierendenzahlen.

Patricia Bernet (SP, Uster): Wir lehnen auch diesen Kürzungsantrag der FDP ab. Die vorgeschlagene Beschränkung mag auf dem Papier verantwortungsvoll wirken, in der Praxis gefährdet sie aber die Qualität von Lehre, Forschung und Ausbildung an unseren Fachhochschulen. Die Begründung der FDP, dass die Kostenentwicklungen durch die Abnahme der Studierendenzahlen und die Teuerung ausreichend berücksichtigt werden, blendet die Realität leider aus. Die Fachhochschulen stehen vor wachsenden Herausforderungen, zum Beispiel durch steigende Anforderungen an die Digitalisierung oder die steigende Komplexität der Ausbildung. Wer Kürzungen vorschlägt, ohne die konkreten Leistungsverzichte zu nennen, betreibt Schönfärberei. Kürzungen bedeuten Leistungsabbau und Sparprogramme auf Kosten von Personal und zulasten der bestehenden Angebote. Die Fachhochschulen sind zentrale Ausbildungsstätten für Fachkräfte in Gesundheit, Sozialwesen, Bildung und Technik, ein Gewinn für unsere Gesellschaft und Wirtschaft. Die Fachhochschulen sparen bereits heute und steigern ihre Effizienz; dies, wenn immer möglich, ohne dass die Qualität leidet oder Leistungsangebote abgebaut werden müssen. Die vorgeschlagenen Kürzungen würden direkt auf Stellen,

Studienqualität und Serviceleistungen durchschlagen. Die SP fordert eine verlässliche und langfristige Finanzierung, die den tatsächlichen Bedarf und auch die gesellschaftliche Bedeutung der Fachhochschulen widerspiegelt. Die SP hat bereits früher gefordert, Hochschulen verlässlich zu finanzieren. Qualitätsentwicklung, Personalpolitik und gute Arbeitsbedingungen sind uns wichtig. Wir stehen auch ein für einen sorgsamen Umgang mit den Steuergeldern und nehmen die Bildungsdirektorin, besten Dank, beim Wort.

Die SP lehnt diesen Kürzungsantrag ab und fordert, verantwortungsvoll und langfristig in unsere Bildungs- und Forschungslandschaft zu investieren. Wir stehen ein für eine starke, gerechte und zukunftsfähige Zürcher Hochschullandschaft und für eine stabile Demokratie, die wir in der heutigen unsicheren Zeit dringender denn je brauchen.

Daniel Heierli (Grüne, Zürich): Einmal mehr wollen FDP und SVP den bürgerlichen Regierungsrat rechts überholen. Die bürgerliche Bildungsdirektorin sagt, dass es so nicht funktioniere, der bürgerliche Finanzdirektor will es nicht, aber das hindert die Antragsteller nicht daran, eine Kürzung zu verlangen. Unsere Fachhochschulen sind bekanntlich ein wichtiger Faktor für die Attraktivität des Standortes Zürich. Es erstaunt mich etwas, dass FDP und SVP hier auf die Bremse treten wollen. Nun gäbe es ja schon Gründe, warum man die Standortattraktivität nicht über Gebühr steigern wollte. Es hat auch Nachteile, allzu attraktiv zu sein, Stichwort «Masseneinwanderung». Aber wenn Sie das wirklich wollen, dann setzen Sie doch lieber woanders an, zum Beispiel bei den Steuern. Verzichten Sie auf eine Reduktion des Steuerfusses. Es ist zwar nicht erwiesen, dass das die Attraktivität des Standortes wirklich beeinträchtigt, aber wenigstens würde es keine Kollateralschäden verursachen.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 95 : 76 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) den Minderheitsantrag 19a von Marc Bourgeois abzulehnen.

Leistungsgruppe 7407, Ausserkantonale Fachhochschulen und Höhere Fachschulen

Keine Wortmeldung, so genehmigt.

7501, Kinder- und Jugendhilfe

KEF-Erklärung 13

Mehr Erziehungs-/Familienberatungen

Antrag von Carmen Marty Fässler:

Es braucht mehr Kapazitäten, um weitere Erziehungs-/Familienberatungsaufträge unter L12 annehmen zu können.

	P27	P28	P29
Alt:	4500	4500	4500
Neu:	4600	4650	4700

Carmen Marty Fässler (SP, Adliswil): Bereits im Jahr 2024 haben 4525 Aufträge im Bereich von Erziehungs- und Familienberatungen ausgeführt werden können. Wieso geht man dann in der Planung für die kommenden Jahre von einer gleichbleibenden Zahl von 4'500 Aufträgen aus? Die Beratungen mit Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern, mit Erziehungsberaterinnen und Erziehungsberatern sind wichtig, damit Eltern, Jugendliche und andere wichtige Personen in der Familie, beispielsweise Grosseltern, in Erziehungs-, Entwicklungs- und allgemeinen Familienfragen gut und fundiert beraten werden können. Die Beratungen sind alle kostenlos und vertraulich. Bei Herausforderungen und in Krisen werden sich die Personen dann nicht allein fühlen, da ihnen Fachleute zuhören und sie unterstützen. Auch in schwierigen Situationen oder bei Streit in den Familien helfen solche Beratungen. Die Erziehungsberatungen widmen sich Themenbereichen, wie der Entwicklung des Verhaltens und der Bedürfnisse von Jugendlichen, den Beziehungen in der Familie und den Möglichkeiten für den Familienalltag. Zudem können auch Beratungen zu weiteren Familienthemen stattfinden, beispielsweise bei Erschöpfung oder bei Trennung und Scheidung. Bezuglich all dieser Themenfelder ist es doch klar, dass es eine Erhöhung des Angebots braucht. Das Anliegen ist wichtig. Wir fordern nicht einen riesigen, aber wir fordern einen kleinen Anstieg der Aufträge für Beratungen, um präventiv und nachhaltig Kosten senken zu können.

Sabine Arnold (Grüne, Zürich): Wir werden diesen Antrag unterstützen, da wir Grünen uns grundsätzlich und konsequent für soziale, hier spezifisch familiäre und kindsbezogene Präventionsmassnahmen einsetzen. Es handelt sich um moderat geplante Erhöhungen im Bereich der Erziehungs- und Familienberatung während der Jahre 2027 bis 2029. Diese Beratungen gehören zu den niederschwelligen Angeboten im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe. Eltern müssen noch erziehungskompetent sein und sind vielleicht erst phasenweise überfordert. Sie lassen sich in den regionalen Kinder- und Jugendhilfzentren extern unterstützen und beraten. Um einschneidendere Kinderschutzmassnahmen wie Fremdplatzierungen zu verhindern, macht es Sinn, den Familien frühzeitig Hilfe zur Selbsthilfe anzubieten. So kann Kapazitätsengpässen bei den KESB (*Kindes- und Erwachse-*

nenschutzbehörde) sowie einem Nachfrageüberhang in Kinderheimen und Pflegefamilien frühzeitig begegnet werden. Unserer Meinung nach kann es nur richtig sein, dem Risiko von sozialen Missständen auch mit einem grösseren Beratungsangebot entgegenzuwirken.

Alexander Jäger (FDP, Zürich): Da sich niemand dagegen meldet, erkläre ich noch, wieso wir diese KEF-Erklärung ablehnen. Ihr möchtet die Beratungen in Erziehungs- und allgemeinen Familienfragen um 2,2 Prozent erhöhen. Die Bildungsdirektion hat uns gut begründet, dass die Beratungen während der Corona-Zeit (*Covid-19-Pandemie*) und kurz danach erhöht werden mussten und dass dies nun nicht mehr der Fall sein sollte. Wir vertrauen den Prognosen der Bildungsdirektion und sehen daher von einer Erhöhung ab. Wir bitten Sie, den KEF-Antrag abzulehnen.

Nicole Wyss (AL, Zürich): Erziehungs- und Familienberatungen sind eine wirksame soziale Investition. Sie unterstützen Kinder, Jugendliche und Eltern frühzeitig, bevor Probleme eskalieren, bevor schulische Schwierigkeiten zu Abbrüchen führen und bevor familiäre Belastungen zu echten Krisen werden. Diese Angebote sind niederschwellig, sie sind vertraulich und für alle zugänglich, unabhängig vom Einkommen. Genau das macht sie so zentral für mehr Chancengerechtigkeit. Wer früh Unterstützung erhält, braucht später weniger staatliche Interventionen. Prävention ist nicht nur menschlich richtig, sie ist auch finanziell sinnvoll. Die Nachfrage steigt seit Jahren, die Fälle werden komplexer und die Beratungsstellen geraten an ihre Grenzen. Lange Wartezeiten und überlastetes Fachpersonal helfen niemandem, am wenigsten den Familien, die gerade jetzt Unterstützung brauchen. Die Alternative Liste steht für einen Kanton, der niemanden alleine lässt. Darum brauchen die Erziehungs- und Familienberatungen mehr Ressourcen, mehr Personal, mehr Zeit für die Familien, mehr Raum für echte Prävention. Es geht um unsere Kinder, es geht um die Entlastung unserer Familien und es geht um einen starken und solidarischen Kanton Zürich. Es handelt sich hier um eine dezente Erhöhung.

Wir unterstützen diese KEF-Erklärung, tun Sie es uns gleich.

Abstimmung über KEF-Erklärung 13

Der Kantonsrat lehnt die Überweisung der KEF-Erklärung 13 mit 116 : 56 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Leistungsgruppe 7502, Berufsberatung und Ausbildungsbeiträge

KEF-Erklärung 14

Stärkung Case Management Berufsbildung «Netz2»

Antrag von Livia Knüsel und Karin Fehr Thoma:

	P27	P28	P29
Alt:	-83.1	-83.7	-83.8
Neu:	-83.3	-84.0	-84.1

Livia Knüsel (Grüne, Schlieren): Zum wiederholten Mal möchten wir mit diesem KEF-Antrag darauf aufmerksam machen, dass das Case-Management «Netz2» (*Angebot zur Unterstützung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen ohne Berufs- oder Mittelschulabschluss*) dringender personeller Aufstockung bedarf. «Netz2» ist ein Erfolgsrezept. Jugendliche und junge Erwachsene mit schwerwiegenden Problemen finden hier nach der obligatorischen Schulzeit Unterstützung auf ihrem Ausbildungsweg. Es ist ein Angebot für Menschen, die mit einer Vielzahl von Problemen konfrontiert sind, wie Sucht, familiären Krisen, Schulschwierigkeiten, Obdachlosigkeit. Diese Menschen werden durch «Netz2» bis zum Abschluss ihrer Ausbildung begleitet. Immer wieder kommt es bei «Netz2» aber zu Aufnahmestopps infolge grosser Nachfrage. So ist nun auch das Jugendparlament auf diesen Missstand aufmerksam geworden und hat sich darum mit dem Anliegen, das Beratungsangebot zu vergrössern, an die KBIK (*Kommission für Bildung und Kultur*) gewendet. Wir Grüne haben uns daher bei der Bildungsdirektion mit einer Anfrage nach dem aktuellen Stand von «Netz2» erkundigt (KR-Nr. 156/2025). Sie merkt an, dass der positive volkswirtschaftliche Nutzen dieses Angebots ausgewiesen ist. Ein neuer Angebotsteil für über 18-Jährige bringt zwar eine gewisse Entlastung ins System, aber dennoch vermerkt die Bildungsdirektion, dass die Nachfrage die gegenwärtigen Kapazitäten nach wie vor übersteigt. Es ist nicht vertretbar, dass junge Menschen in Nöten zwei bis drei Monate auf eine Beratung warten müssen. Es ist nämlich so, dass nur ein neuer Fall eröffnet werden kann, wenn ein bestehender abgeschlossen wird. Für uns ist dies ein Missstand, der nur behoben werden kann, wenn hier mehr Stellen geschaffen werden. Wir fordern eine moderate Erhöhung mit jährlich ansteigenden Kosten von 200'000 Franken für das Jahr 2026 respektive 300'000 Franken für die Jahre 2028 und 2029.

Sibylle Jüttner (SP, Andelfingen): Die SP unterstützt den Antrag der Grünen für eine Stärkung des Netz-2-Case-Managements.

Der Nutzen dieses Angebots ist unbestritten. «Netz2» ermöglicht Jugendlichen einen Sek-II-Abschluss, den sie ohne professionelle Begleitung nicht erreichen würden. Damit sichern wir ihnen realistische Chancen auf einen Eintritt in den ersten Arbeitsmarkt und vermeiden gleichzeitig langfristige Folgekosten für die Gesellschaft. Wer diese Unterstützung verpasst, riskiert deutlich höhere Belastungen. Jugendliche ohne Abschluss haben ein stark erhöhtes Risiko für gesundheitliche Probleme, prekäre Erwerbssituationen und lebenslange Abhängigkeit von

Sozialleistungen. «Netz2» verhindert genau das, frühzeitig, wirksam und nachhaltig. Es ist belegt, dass, wer bis Anfang 20 keine abgeschlossene Ausbildung hat, mit grösserer Wahrscheinlichkeit keinen solchen Abschluss mehr erlangt. Die zentrale Frage lautet deshalb: Reichen die heutigen Ressourcen aus? Die Antwort ist klar Nein.

In der vergangenen Woche konnten lediglich in den Bezirken Bülach, Meilen und Horgen überhaupt noch Anmeldungen entgegengenommen werden, in Horgen dies aber nur zu 50 Prozent. In Hinwil, Pfäffikon, Uster, Affoltern, Dietikon, Andelfingen und Winterthur waren keine Anmeldungen mehr möglich. Das zeigt deutlich, dass der Bedarf die Kapazitäten übersteigt. Wir begrüssen zwar die ergänzende Lösung für über 18-Jährige, doch sie ist nur eine Ausweichstruktur für Jugendliche, die beim «Netz2» keinen Platz mehr finden, sie ersetzt das Kernangebot nicht.

Wie gesagt, die Forderung wurde vom Jugendparlament an die KBIK herangetragen, und wir als SP nehmen dieses Anliegen sehr ernst. Darum halten wir es für notwendig, die Kapazitäten auszubauen, und unterstützen den Antrag auf zusätzliche Stellen, wie wir dies übrigens schon in früheren Jahren gefordert haben. Eine starke Unterstützung der Jugendlichen heute verhindert hohe Folgekosten morgen. Darum unterstützen wir diesen Antrag.

Nicole Wyss (AL, Zürich): Im Bezirk Dielsdorf Aufnahmestopp, in den Bezirken Hinwil, Pfäffikon und Uster Aufnahmestopp, in den Bezirken Andelfingen und in Winterthur: zurzeit keine Aufnahme möglich. Auch für die Bezirke Affoltern und Dietikon sind derzeit keine neuen Anmeldungen möglich. Die Realität im Kanton Zürich ist klar: Das Angebot «Netz2» ist überlastet, in fast allen Bezirken herrscht Aufnahmestopp. Jugendliche mit schwierigen Startbedingungen, jene, die unsere Unterstützung am dringendsten brauchen, stehen heute vor verschlossenen Türen. Das ist sozialpolitisch falsch und volkswirtschaftlich schlicht unvernünftig. Mit zwei zusätzlichen Stellen schaffen wir keine Luxuslösung, sondern das absolute Minimum, um die Grundversorgung wiederherzustellen. Jeder Jugendliche, den wir durch Case Management in einer Ausbildung begleiten, spart dem Kanton später ein Vielfaches an Sozialkosten und erhöht zugleich die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben. Wer ernsthaft Chancengerechtigkeit will, wer verhindern will, dass junge Menschen mit Mehrfachbelastungen in prekäre Situationen abrutschen, der stärkt «Netz2».

Darum unterstützt die AL diesen KEF-Antrag. Zwei Stellen sind nicht zu viel verlangt, sie sind überfällig. Danke.

Abstimmung über KEF-Erklärung 14

Der Kantonsrat lehnt die Überweisung der KEF-Erklärung 14 mit 109 : 63 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Leistungsgruppe 7930, Berufsbildungsfonds

KEF-Erklärung 15

Nur noch Indikatoren, welche Relevantes aussagen

Antrag von Carmen Marty Fässler:

Der Wirtschaftlichkeitsindikator B1, «Durchschnittlicher Verwaltungsaufwand pro Lernende/n, in Fr.», wird gestrichen.

Carmen Marty Fässler (SP, Adliswil): Ein Indikator, welcher den Verwaltungsaufwand pro Lernende, pro Lernenden aufzeigt, was nützt dieser? Schön, dass zwar trotz des stärkeren Wachstums der Lernendenzahl die Verwaltungskosten stabil bleiben, jedoch sagt dieser Indikator nichts, gar nichts über die Qualität aus. Wichtiger für einen Fonds wären Indikatoren, welche zum Beispiel die Beiträge an die Aufwendungen von Lehrbetrieben für überbetriebliche Kurse oder für die Berufsbildnerkurse abbilden. Auch eine erreichte Anzahl von Massnahmen zur Erhaltung der Ausbildungsbereitschaft von Betrieben und Branchen würde viel mehr aussagen, damit wir bezüglich der Qualität der Lehre Aussagen hätten.

Der Berufsbildungsfonds des Kantons Zürich will die Bereitschaft der Unternehmen, Lernende auszubilden, erhalten und erhöhen. Er entwickelt die berufliche Grundbildung weiter und stärkt ihren Stellenwert im Bildungssystem. Und über 90 Prozent seiner Mittel werden aus dem Berufsbildungsfonds dafür eingesetzt, dass die Ausbildungskosten für Lehrbetriebe gesenkt werden können. Eigentlich müssten wir uns also nicht hauptsächlich Gedanken machen zu den Verwaltungskosten, sondern wir müssen schauen, dass es unseren Jugendlichen gut geht in der Berufslehre und dass sie überhaupt genügend Plätze finden, um eine Berufslehre zu machen. Stärken wir also die Berufsbildung wirklich und in echt. Aber dann nützt es nichts, wenn wir einfach einen Indikator weiterziehen, welcher nichts Relevantes aussagt.

Alexander Jäger (FDP, Zürich): Diesen Indikator möchte die FDP behalten. Es ist wichtig, dass man sich bei einem Fonds über die Effizienz des Fonds informiert. Der Indikator zeigt den Verwaltungsaufwand pro Lernenden, ein guter Indikator. Und die Bildungsdirektion möchte diesen Aufwand in den nächsten Jahren, 2027 bis 2029, sogar senken. Das ist ein gutes Ziel. Uns gefällt dieser Indikator. Wir bitten Sie, die KEF-Erklärung abzulehnen.

Abstimmung über KEF-Erklärung 15

Der Kantonsrat lehnt die Überweisung der KEF-Erklärung 15 mit 139 : 33 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Konsolidierungskreis 3 (zu konsolidierende Organisationen)

Leistungsgruppe 9600, Universität Zürich

Leistungsgruppe 9690, Zentralbibliothek

Leistungsgruppe 9710, Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften

Leistungsgruppe 9720, Zürcher Hochschule der Künste

Leistungsgruppe 9740, Pädagogische Hochschule Zürich

Keine Wortmeldung, so genehmigt.

Leistungsgruppe 9510, Universitätsspital Zürich

Leistungsgruppe 9520, Kantonsspital Winterthur

Leistungsgruppe 9530, Psychiatrische Universitätsklinik Zürich

Leistungsgruppe 9540, Integrierte Psychiatrie Winterthur–Zürcher Unterland

Leistungsgruppe 9800, Legate

Keine Wortmeldung, so genehmigt.

Leistungsgruppe 9300, Zürcher Verkehrsverbund

Leistungsgruppe 9350, Forensisches Institut Zürich

Keine Wortmeldung, so genehmigt.

Ratspräsident Beat Habegger: Somit haben wir alle Leistungsgruppen des Konsolidierungskreises 3 behandelt. Und natürlich haben wir auch alle Leistungsgruppen der Bildungsdirektion behandelt.